

QUERBLICK



Wider die Verteufelskreisung. Auflehnung gegen Armut und Ausgrenzung

Eva M. Welskop-Deffaa

Blättert man in dem vor gut einem Jahr veröffentlichten 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, präsentiert sich auf mehr als 700 Seiten eine opulente Sammlung gut aufbereiteter Daten. Im Internet steht der Bericht nutzerfreundlich als navigierbare pdf-Datei mit leistungsfähiger Suchfunktion zur Verfügung. Und erstmals ist der Bericht 2017 ergänzt um ein open data-Angebot, das die Rohdaten so zugänglich macht, dass ihre Nutzung ohne einschränkende Lizenzbestimmungen möglich ist. Der Bericht erbringt den Beweis, dass es Armut in Deutschland gibt. Augenscheinlich auch für diejenigen, die am Morgen auf dem Weg zur Arbeit zwischen Hauptbahnhof und Einkaufsstraße die Schlafsäcke nicht sehen (wollen), die für eine größer werdende Zahl wohnungsloser Menschen ihr „Zuhause“ bilden, zeigen die Daten des Berichts, dass Lebenschancen in Deutschland eklatant ungleich verteilt sind. Sie machen bewusst, dass eine Immunisierung der Gesellschaft gegen multiple Not durch alltagsgeübte Gleichgültigkeit nicht zulässig ist.

Lange hat der Caritasverband zusammen mit anderen Akteuren der Wohlfahrts-
pflege dafür gekämpft, dass es ihn gibt – den Armuts- und Reichtumsbericht
der Bundesregierung. Armut und Ungleichverteilung von Reichtum sichtbar zu
machen, ist der erste Schritt auf dem Weg ihrer Überwindung: Not sehen und
handeln.



Und mit aller Kraft hat der Caritasverband sich dafür eingesetzt, dass bei der Erstellung und Interpretation des Berichts Menschen aktiv einbezogen wurden, die Armut am eigenen Leibe erfahren haben. Die den Geschmack, den Geruch und das Gewicht jener Wirklichkeiten aus eigener Erfahrung kennen, die sich hinter den Zahlen des Berichts – von der Einkommensverteilung bis zur Straffälligkeit – verbergen. So ist der 5. Armuts- und Reichtumsbericht tatsächlich weit mehr als eine Datensammlung und etwas ganz anderes als ein Datenfriedhof. Er ist ein Spiegel prekärer Lebenslagen, die in ihrer komplexen Verschränkung Verteufelungskreisläufen von Armut in Gang setzen.

EINE GESELLSCHAFT DER PERMANENTEN ZÄHLBARKEIT

Und doch hat er – wie seine Vorgänger – wieder dazu eingeladen, Armut und Reichtum auf wenige (skandalisierbare) Zahlen zu verkürzen. Wir leben in einer Gesellschaft der medialen Aufgeregtheiten, in der nur die überspitzte Positionierung die Nebelwand der Aufmerksamkeitsschwellen zu durchbrechen vermag. Das Blitzlicht auf die Ist-Analyse ist da attraktiver als die gründliche Beleuchtung von volatilen Lebensläufen mit ihren Armutstälern, aus denen die einen wieder herausfinden und die für andere zur Endstation werden.

Zugleich leben wir in einer „Gesellschaft der allgegenwärtigen Soziometrie“, wie Steffen Mau („Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen“, Berlin 2017) kritisch-treffend schreibt: Alles wird gezählt und addiert und nur, was gezählt wird, zählt im politischen Diskurs. Die „Meritokratie“ schafft und verstärkt ein mentales Klima der Orientierung an (schein-

bar) objektiven quantifizierbaren Standards, die am Ende dazu beitragen, die Logiken der Leistungsgesellschaft unbarmherzig in allen Lebensbereichen durchzusetzen. Indikatoren werden zu „hard facts of power“: Wirklichkeit kann nur mittels Zahlenreihen „wirklich“ erfasst und beschrieben werden und (nur) anhand dieser Daten werden (ressourcen-relevante) Entscheidungen getroffen. Die alte Wahrheit, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, ist längst ersetzt durch die neue, dass nicht sein kann, wofür keine Statistik vorliegt. Wo keine Daten gesammelt und verglichen werden, entstehen blinde Flecken im politischen Handeln. Nur für die Wirklichkeiten, die sich zahlenförmig präsentieren und messen lassen, werden Programme und Maßnahmen mobilisierbar. Gleichzeitig aber re-stereotypisieren Daten Wirklichkeiten und bestätigen unter Umständen Kategorien, Vorurteile und Zuschreibungen, die wir in der Verteilung von Lebenschancen, in der Unterscheidung von Arm und Reich, von zugehörig und „außen vor“ so dringend überwinden wollen. Re-Stereotypisierungen verschärfen die Probleme, auf deren Überwindung eine ursachenfokussierende Politik der Armutsbekämpfung zielt. Dieses Risiko kann auch der Armuts- und Reichtumsbericht nicht vollständig vermeiden. Daten zur Armuts- und Reichtumsverteilung sind typisierend und typischerweise statusbeschreibend, sie können volatile Verläufe (mit ihren verborgenen Aufs und Abs) nur ungenügend nachzeichnen. Gefahren der Verteufelungskreisung, die in Deutschland im 21. Jahrhundert das entscheidende Armutsrisiko darstellen, drohen hinter Datenbergen zu verschwinden, wenn und soweit sie nicht kombiniert werden mit unserem (Caritas-)Wissen um die realen Lebensgeschichten der Armen und Ausgegrenzten.

UMRISSE DES TEUFELSKREISES ENTDECKEN

Bei allen wertvollen Hinweisen, die der 4. und 5. Armuts- und Reichtumsbericht bieten, sind die Teufelskreise am Ende nur umrissartig zu entdecken. Armut im Lebenslauf zu verfolgen und die Knotenpunkte zu identifizieren, an denen Risiken zu Abwärtsspiralen führen, ist nicht leicht. Ereignisverkoppelungen, die Verteufelskreisungen in Gang setzen, sind schwerer zu erklären als Korrelationen; sie brauchen komplexere Antworten präventiver Intervention als mathematisch beschriebene Zusammenhänge – etwa zwischen Bildungsabschlüssen und dem Langzeitarbeitslosigkeitsrisiko. Die Dynamik gesellschaftlicher Teilhabe innerhalb des eigenen Lebensverlaufs, die als intragenerationale Mobilität beschrieben wird, braucht eine Betrachtung der Armutsrisiken nicht als statische Größe, sondern als veränderbarer Prozess, in dem die kumulativen ebenso wie die Resilienzstärkenden Faktoren in ihrem Zusammenspiel beachtet werden.

„Vererbung“ von Armut (intergenerationelle Immobilität) ist dabei leichter zu beschreiben als „Verteufelkreisungen“ von Armut und Ausgrenzung im einzelnen Lebensverlauf. Denn bei Vererbung geht es letztlich auch nur um Korrelationen – zwischen Statusfaktoren der Eltern und Statusindikatoren der Kinder. Und also gerät sie leichter in den Blick der Politik. Das bestätigt indirekt die Bundesregierung in ihrer Einleitung zum 4. Armuts- und Reichtumsbericht, indem sie schreibt: „Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass sich Armutsrisiken für bestimmte gesellschaftliche Gruppen nicht über Generationen verfestigen und dass Chancen zur sozialen Mobilität, d. h. zur Verbesserung der Lebenslage, in ausreichendem Maße vorhanden sind. Deshalb verbindet das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft die Freiheit des Marktes mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs.“ Sie liefert mit dieser abstrakt-programmatischen Einordnung eine Interpretationsfolie, die es tendenziell erschwert, neben den Vererbungs- die Verteufelkreisungsgefahren in ihrer Bedeutung adäquat wahrzunehmen.

DYNAMISCHE ARMUTSFORSCHUNG: ÜBERGÄNGE IM LEBENS LAUF BEACHTEN

Dabei machen die letzten beiden Armuts- und Reichtumsberichte mit dem Anspruch dynamischer Armutsforschung durchaus Ernst: Sie richten das Augenmerk auf die Übergänge im Lebenslauf, die an den Umstiegs punkten verschiedener Lebensphasen weichenstellende Entscheidungen mit sich bringen. Nach der Schule ist der Einstieg in den Beruf eine „Krisenphase“, die nicht allein deshalb glückt, weil die Schulzeit gut gemeistert wurde. Wie die ersten Berufsjahre gelingen, hängt von vielen Faktoren und auch davon ab, ob sie in eine Phase guter oder schlechter Konjunktur fallen. Für Kohorten,

deren Berufseinstieg biographisch in einer schwierigen Wirtschaftsphase mit angespannten Arbeitsmärkten zu gestalten ist, bleiben die ökonomischen Spuren dieser holprigen ersten Erwerbsjahre über ein ganzes Erwerbsleben prägend. Hinter dem sympathischen Fazit des 4. Armuts- und Reichtumsberichts, dass mehr getan werden muss, um bereits im Kindesalter – durch frühkindliche Bildung etwa – die Startchancen ins Leben zu verbessern, tritt die Aufmerksamkeit für Risiken in späteren Lebensphasen zurück, obwohl z. B. die Frage, ob nach einer Elternzeit die Rückkehr ins Berufsleben glückt, von vielen anderen Faktoren abhängig ist als von der Frage der eigenen (frühkindlichen) Bildungsbiographie.

Manchmal kann es so erscheinen, als sei für die Entdeckungsgeschichte der Verteufelkreisungsdynamiken bei der Lektüre der Armuts- und Reichtumsberichte das Auge der wohlfahrtsverbandlichen Praxis unersetzlich, um die spannendsten Zahlen und ihre Bedeutung zu erschließen. Ein Beispiel unter vielen ist die Vermögensbildung, genauer: die Überschuldung. Sie wird im 5. Armuts- und Reichtumsbericht ab S. 488 diskutiert; da, wo manch eine Leser_in vor der Fülle des Materials schon kapituliert haben mag.

LEHRE AUS STATISTIKEN UND ZAHLEN ZUR ÜBERSCHULDUNG

Männer, so zeigt der Bericht, sind mit 12,7 Prozent deutlich häufiger überschuldet als Frauen (knapp 7,6 Prozent). In wie vielen Fällen Frauen durch die Überschuldung der Männer mit betroffen sind – als Ehefrauen, Bürginnen, Mitarbeiterinnen –, ... sagt der Bericht aber nicht. Mir vor Augen steht das Bild einer Frau, die 30 Jahre lang „rechte Hand“ ihres Chefs in einem kleinen Modebetrieb war. Als er mit seinem Betrieb überschuldet Insolvenz anmelden musste, führte ihr Weg in die Arbeitslosigkeit. Und in die Depression. Denn aus der geübten Vertrauensstellung hinaus katapultiert zu werden auf einen Arbeitsmarkt, der Jugend vor Alter, Erfahrungsvielfalt vor Treue und Multilingualität vor Empathie honoriert, war für sie ein Schock, der mit tiefen Selbstzweifeln und fortschreitender Antriebslosigkeit einherging. Die Intensivierung der (Weiterbildungs-)Beratung durch die Agenturen für Arbeit, wie von der Bundesregierung im Qualifizierungschancengesetz jetzt geplant, kann eine der richtigen und wichtigen Antworten sein, um für Kollateralschäden dieser Art Vorsorge zu treffen.

30 Prozent der in Schuldnerberatungsstellen Ratsuchenden sind alleinlebende Männer. Diese Gruppe ist also, verglichen mit ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (18 Prozent) deutlich überrepräsentiert. Überproportional häufig suchen aber auch Mütter nach Trennung und Scheidung eine Schuldnerberatungsstelle auf. Trennung und Scheidung sind in allen Altersgruppen über 35 unter den drei wichtigsten Auslöser der



Überschuldung. Und Schulden steigen mit dem Alter: Während die 25- bis 34-Jährigen, die Rat in Beratungsstellen suchen, im Durchschnitt mit Schulden noch unter 20.000 Euro belastet sind, liegt die durchschnittliche Schuldenhöhe bei den 45- bis 54-Jährigen mit 51.125 Euro mehr als doppelt so hoch. Parallel dazu verläuft die Verschärfung der Überschuldungsintensität. Die Anzahl an Monaten, die ein Schuldner bräuchte, um seine Verbindlichkeiten zurückzuzahlen, wenn er all seine regelmäßigen Einkünfte für den Schuldendienst einsetzen könnte, steigt mit dem Alter stetig an: Liegen die Schulden der unter 25-Jährigen zehnfach so hoch wie ihre monatlichen Einkünfte, so sind die Schulden bei den über 65-Jährigen 46 mal so hoch wie das Monatseinkommen. Es ist offensichtlich, dass die Hilfe für einen 60-jährigen alleinstehenden Mann, der Trennung und Scheidung hinter sich hat und nach einer gescheiterten Selbstständigkeit arbeitslos geworden ist, ganz anderer Anstrengungen bedarf als eine früher ansetzende Hilfe, die die Kumulation der Probleme abwendet. Gescheiterte Selbstständigkeit, so der 5. Armuts- und Reichtumsbericht (S. 491) hat als Treiber von Überschuldung in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen und ist heute als einer der Hauptüberschuldungsgründe mehr als doppelt so wichtig wie 2007.

VERBESSERUNG DES SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEMS UND DER SOZIALEN INFRASTRUKTUR

Es braucht wider die Verteufelkreisung von Armut und Ausgrenzung, das macht gerade das Verschuldungsbeispiel

deutlich, beides: eine Modernisierung des sozialen Sicherungssystems und eine Stärkung der sozialen Infrastruktur in der Fläche. Die Lebens- und Erwerbsverläufe, die mit der Sozialversicherung abgesichert werden sollen, haben sich verändert. Hybride Erwerbsformen kombinieren Phasen abhängiger Beschäftigung und Phasen alter und neuer Selbstständigkeit. Immer größere Teile des Lebenserwerbseinkommens werden in Erwerbstätigkeiten generiert, die mit dem klassischen abhängigen Arbeitsverhältnis wenig Ähnlichkeit haben – über Plattformen als Freelancer oder Gigworker. Diese Einkommen weiterhin nicht in die Sozialversicherungspflicht einzubeziehen, führt nicht nur zu einer Reduzierung der Einnahmehöhe der Sozialversicherungen und damit zu einer Schwächung ihrer Leistungskraft. Sie führt insbesondere auch für die digitalen Nomaden, die ihr Erwerbsleben freiwillig oder unfreiwillig pendelnd zwischen Betrieb und Plattform verbringen, zugleich zu einer erheblichen Zunahme ihrer individuellen Lebensrisiken inklusive der Verschlechterung der persönlichen Alterssicherung. Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht dokumentiert (S. 441) die Forschungsergebnisse von Antonio Brettschneider und Ute Klammer, die deutlich machen, dass neben Trennung und Scheidung der (wiederholte) Wechsel zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit im Lebenslauf zu den besonderen Altersarmutsrisiken zählt. Es gehört zu den anwaltschaftlichen Kernanliegen des Caritasverbandes, auf diese Risikokonstellation nachdrücklich hinzuweisen und dazu beizutragen, dass die Ankündigung des Koalitionsvertrages umgesetzt wird, für Selbstständige eine Altersvorsorgepflicht zu entwerfen, die die Lücken in den Alterssicherungsbiographien nachhaltig schließt.



Die Orientierung auf die Sozialversicherung als elementar wichtige Absicherung gegen Armutsrisiken im Lebenslauf allein greift allerdings zu kurz, wenn es um den Kampf gegen Armut und Ausgrenzung im Lebensverlauf geht. Die Stärkung der sozialen Infrastruktur und ihre Ausrichtung auf neue Lebenslauftrisiken ist ebenso wichtig, wenn der Kampf wider die Verteufelkreisung der Armut gewonnen werden soll. Die Wohlfahrtsverbände sind als Träger dieser sozialen Infrastruktur umfassend gefordert. So wie die Feuerwehr als Teil der Daseinsvorsorge neue Ausstattung und Ausbildung braucht, um für die durch den Klimawandel gehäuft auftretenden Waldbrände entsprechend gerüstet zu sein, so braucht die Freie Wohlfahrtspflege neue Ausstattung und Kompetenzen, um unter den Vorzeichen der gesellschaftlichen Dynamiken – insbesondere der digitalen Transformation – für die neuen sozialen Risiken einerseits gerüstet und auch in hybriden Sozialräumen weiter verlässlich für die Hilfesuchenden erreichbar zu sein.

NETZWERKE DER SOZIALEN INNOVATION

Hinter ihrem etwas gestrig wirkenden Namen „Wohlfahrtsverband“ versteckt sich bei Caritas und Diakonie, AWO und Parität, ebenso wie beim Deutschen Roten Kreuz und der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland ein Netzwerk sozialer Innovationen und ein Verbund sozialer Einrichtungen und Dienste, der grundsätzlich ideal geeignet ist, der Verteufelkreisung von Armut und Ausgrenzung entgegenzuwirken – solange nicht

Sklerotisierungs- oder Skelettierungsgefahren die wohlfahrtsverbändlichen Strukturen lebenslauforientierter Hilfe gefährden.

Sklerotisierung ist eine Gefahr im System selbst. Nicht immer gelingt es, dass die einzelnen Angebote, die zum Netz der Wohlfahrtsverbände dazu gehören, sich wirklich gegenseitig in den Blick nehmen. Da berät dann u. U. eine Schwangerenberatungsstelle, ohne mit der Ehe- und Familien- oder der Schuldnerberatung zusammen zu arbeiten, obwohl offensichtlich ist, dass die Spezialkenntnisse, die dort vorgehalten werden, für die komplexe Beratungskonstellation erheblich hilfreich sein könnten. Oder es diffundieren die Kapazitäten, neben der hauptamtlichen Begleitung der Ratsuchenden ein Netz ehrenamtlicher Begleitung zu initiieren, das in besonderem Maße geeignet sein könnte, über sorgende Gemeinschaften passgenau sozialräumliche Hilfen im Lebenslauf anzubieten. Die Peer-to-Peer-Beratung für suizidgefährdete Jugendliche, die der Caritasverband unter dem Namen {U 25} ausgebaut hat, ist ein Good-Practice-Beispiel wider die Sklerotisierung. Hier ist es gelungen, ehrenamtlich-freiwillige Initiativen unter dem Dach des Deutschen Caritasverbandes (DCV) einer bundesweiten Unterstützung zu versichern, sodass im (digital gestützten) Kampf gegen Verzweigung, Ausgrenzung und Lebensmüdigkeit junge Ehrenamtliche auf eine professionelle Supervision ebenso zurückgreifen können wie auf die Öffentlichkeitsarbeit und die Technikausstattung des DCV.

AUCH DIGITAL BEKÄMPFEN: DEN HYBRIDEN SOZIALRAUM EROBERN

Um heute den Kampf gegen Armut und Ausgrenzung erfolgreich zu führen, um „nah bei den Nächsten“, bei den Verzweifelten und Notleidenden sein zu können, reicht es nicht aus, professionelle Beratung und ehrenamtliches Engagement dort zu aktivieren, wo Caritas und Diakonie mit ihren Einrichtungen und Diensten klassisch zuhause sind. Es gilt, den hybriden Sozialraum zu erobern – das heißt: ernst zu nehmen, dass sich analoge und virtuelle Welten immer stärker durchmischen und Rat und Hilfe nur dann zur richtigen Zeit am richtigen Ort erreichbar sind, wenn der Kampf auch in und mit Unterstützung der sozialen Medien geführt wird.

Die Herausforderung, der Verteufelskreisung von Armut und Ausgrenzung auch digital zu begegnen, hat verschiedene Dimensionen: Vieles spricht dafür, dass Auf- und Abwärtsspiralen sozialer Reputation und ökonomischer Position in der digitalen Netzwerkgesellschaft noch schneller in die eine oder andere Richtung drehen als zuvor. Andreas Reckwitz' Analysen („Die Gesellschaft der Singularitäten“) haben im vergangenen Jahr viele politisch Verantwortliche aufgeschreckt, weil die Gefahren der neuen Klassengesellschaft, die er beschreibt, so eng mit den Spielregeln der digitalen Medien verknüpft sind: Selbstinszenierungsfähigkeit und die Pflege von „Freundschaften“ im Netz sind Bestandteile voraussetzungsvoller digitaler Kommunikation, die neue Ausgrenzungspotenziale und -geschwindigkeiten mit sich bringt. Wenn das Smartphone zum Alltagsnavigator auch für jene wird, die als vulnerable Gruppen von Ausbeutung, Ausgrenzung und Armut besonders bedroht sind, gehört die Vermittlung digitaler Kompetenzen – etwa zum Schutz gegen Verschuldungsrisiken über Computerspiele – zum Kernbestandteil einer Politik der Abwehr von Armutsrisiken.

Wohlfahrtsverbände müssen selber fit werden in der Nutzung digitaler Kommunikationsmittel: Online-Beratung und Online-Petitionen gehören in die Tool-Box all derer, die sich heute in der Erreichbarkeit für Rat- und Hilfesuchende und in der anwaltschaftlichen Vertretung der Anliegen der Armen bewähren wollen.

Anwaltschaft für Teilhabe und gegen Ausgrenzung impliziert in der Netzwerkgesellschaft netzpolitisches Engagement. ePrivacy, Datensouveränität, Datenschutz, Netzneutralität – das alles sind Themen, die elementar über die Teilhaberechte in einer digitalen Welt entscheiden. Sie den Netzaktivisten allein zu überlassen, hieße den eigenen Anspruch zu vernachlässigen, denn der Kampf gegen Exklusion und Armut ist für die Wohlfahrtsverbände stets ein Kampf im Schlepptau der technischen Entwicklungen gewesen. Die Bahnhofsmision folgte den Verelendungszügen des 19. Jahrhunderts, die die Dampflo-

komotiven in die Bahnhöfe der Metropolen zogen. Und das „blended counseling“ – die Kombination von analoger und Online-Beratung z. B. in der Schuldnerberatung - folgt den Risiken der digitalen Transformation.

SICH GEGEN DIE ZAHLEN VON RATINGS UND RANKINGS AUFLEHNEN

In einem umfassenderen Sinn setzt die Auflehnung gegen Armut und Ausgrenzung daher auch voraus, der Omnipräsenz von Ratings und Rankings entgegen zu treten, die mit der digitalen Transformation weiter voranschreiten. „Wie man die Einordnungen und Bewertungen vornimmt – wie man die Welt liest und codiert –, bestimmt die soziale Anerkennungsordnung, definiert die Kriterien für legitime Über- und Unterordnungen.“ Ratings und Rankings übernehmen in einem sehr umfassenden Sinne die Funktion sozialer Platzanweiser: „sie zeigen nicht nur an, in welcher Reihe oder auf welchem Platz jemand steht oder sitzt, sondern bestimmen zugleich, nach welchen Kriterien und Verfahren Plätze besetzt werden sollen (Mau, S. 73f).“ Rankings dienen der kognitiven Entlastung, sie tragen dazu bei, schwer zu überschaubare, verwirrende und komplexe Unterschiede in leicht fassbare Ungleichheiten, in Rangfolgen, zu übersetzen. Damit werden Nationen, Institutionen, aber auch Individuen in eine Rangbeziehung gebracht und bei periodischen Messungen und in einer Datenwelt, die nicht vergisst, werden Auf- und Abstiege im Zeitverlauf intensiv beobachtbar. Obwohl ein Ranking nur relative Positionen beschreibt, wird doch gemeinhin insinuiert, Veränderungen im Ranking stünden für Performanzverbesserungen bzw. -verschlechterungen. „Wer Auf- und wer Absteiger ist, hat Nachrichtenwert“ (Mau, S. 76). Armut und Ausgrenzung erhalten auf diese Weise in der digitalen Netzwerkgesellschaft eine neue Brisanz.

Die gesellschaftliche Pflicht, sich stets und immer mit anderen zu vergleichen, forciert die Abstiegsängste, beschleunigt die Abwärtsspiralen und verstärkt die Gefahr der Verteufelskreisung der Armut, die wir aus der Praxis unserer sozialen Arbeit längst kennen. Wenn der Arbeitslosigkeit die Scheidung folgt und der Trennung Überschuldung und Wohnungslosigkeit, dann ist schon heute die Spirale der Verelendung nicht immer leicht aufzuhalten. Wenn aber im digitalen Zirkel die Arbeitslosigkeit im sozialen Qualitätsvergleich ausdrücklich bewertet und mit Minuspunkten versehen wird, ist die Wahrscheinlichkeit, dass ihr die Gefährdung der Partnerschaft folgt, um ein Vielfaches größer als heute. Science-Fiction-Romane wie „The Circle“ von Dave Eggers und „QualityLand“ von Marc-Uwe Kling haben die Grausamkeiten der Ausgrenzungsmechanik einer entwickelten Netzwerkgesellschaft überdeutlich beschrieben. Längst ist das, was dort als Science Fiction erscheint,

nicht nur in China Realität. Für die wohlfahrtsverbandliche Arbeit wird es entscheidend sein, dass sie diese Entwicklungen kompetent beobachtet und ihnen entschlossen entgegentritt, so dass Abwärtsspiralen im Lebenslauf auch unter den Vorzeichen der digitalen Transformation erfolgreich gestoppt werden können.

Dafür bedarf es konzertierter Anstrengungen auf Seiten der Wohlfahrtsverbände. Sie müssen – ebenso wie andere Bereiche der Gesellschaft – ihre Strukturen und Mitarbeiter_innen fit machen für die Erfordernisse der Digitalisierung. Der politische Wille auf Seiten der Verbände ist da, die Bereitschaft der öffentlichen Hände aber, dies bei der finanziellen Ausstattung der Wohlfahrtspflege zu berücksichtigen, wächst nur langsam. Eine durch Unterfinanzierung bewirkte Skelettierung der sozialen Infrastruktur, die nur noch punktuell den Erfordernissen entsprechend ausgestattet ist, müsste die Probleme in den sozialen Brennpunkten verschärfen. Armut hat schon heute ein (regional) sehr unterschiedliches Gesicht.

DIE „SCHÖNE“ UND DIE „HÄSSLICHE“ ARMUT

Und es gibt auch heute schon die unsichtbare und die sichtbare Armut, die aus der sich die Menschen selbst befreien konnten, weil sie unsichtbar bleiben durfte, und die, die sich verfestigte, weil sie nicht sichtbar wurde. Und es gibt die „schöne“ und die „hässliche“ Armut, wie Wolfgang Pucher, Grazer „Rebell der Nächstenliebe“ nicht müde wird zu unterscheiden. Dabei ist die „schöne“ Armut die, die das Herz jedes Menschen erreicht – die Armut des Kindes, das nach einem Erdbeben seine Familie und seine Wohnung verloren hat, zum Beispiel. Die „hässliche“ Armut ist die Armut der drogenabhängigen 45-Jährigen Prostituierten, die nach einer Straffälligkeit auf dem Straßenstrich gelandet ist, oder die des psychisch belasteten Mannes, der für die Unterbringung in einer Einrichtung für psychisch Kranke „zu gesund“ und für ein „normales Arbeitsleben“ zu instabil und sozial „zu anstrengend“ ist.

Hässliche Armut hat eine natürliche Nähe zum Teufelskreis. Selbst- und Fremdwahrnehmung verstärken das Gefühl der Ohnmacht, der Aussichtslosigkeit, des Nicht-Gewolltseins. Hässliche Armut hat damit auch eine natürliche Nähe zum politischen Sprengsatz. Der 5. Armuts- und Reichtumsbericht zeichnet sich dadurch aus, dass er – anders als seine Vorgänger – erstmals die Frage nach den Zusammenhängen zwischen politischer Partizipation und Einkommensarmut stellt. Er macht damit auf einen Teufelskreis aufmerksam, der für die Zukunft der Demokratie und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft von herausragender Bedeutung ist.

AUSWIRKUNGEN AUF DIE POLITISCHE BETEILIGUNG

Die politische Beteiligung – bis hin zur Teilnahme an Wahlen – ist bei Menschen mit geringem Einkommen deutlich geringer und sie hat in den vergangenen Jahrzehnten stärker abgenommen als bei Menschen mit höherem Einkommen und in der Mittelschicht. Personen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze sind nur etwa halb so häufig an Fragen der Politik interessiert, so der 5. Armuts- und Reichtumsbericht, wie einkommensreiche Personen. Umgekehrt gab mehr als jeder vierte armutsgefährdete Befragte an, keinerlei Interesse an Politik zu haben. Bei einkommensreichen Haushalten war es nur jede zwanzigste Person. Die Frage nach der politischen Mitverantwortung und dem politischen Interesse armer Menschen mit Migrationshintergrund verdient in diesem Zusammenhang besondere Aufmerksamkeit: Der Anteil der sich selbst als politisch desinteressiert Einstufenden lag 2015 bei den Menschen mit Migrationsgeschichte um zehn Prozentpunkte höher, die der politisch hoch Interessierten um sieben Prozentpunkte niedriger als bei Menschen ohne Migrationshintergrund.

Auf politische Entscheidungen wirken einkommensarme Bürgerinnen und Bürger damit vergleichsweise weniger ein – und dies gilt nicht nur für die Migrantinnen, die vom Wahlrecht in Deutschland ausgeschlossen sind. Von politischen Parteien wurden sie zum Teil bewusst vernachlässigt und in Wahlkämpfen kaum umworben. Damit verstärkte sich die Entwicklung, die in der internationalen Politikwissenschaft seit einigen Jahren diskutiert wird, dass die Positionen der politischen Akteure zunehmend homogener – auf den „Medianwähler“ ausgerichtet – worden sind; Menschen aus dem unteren Einkommensbereich wurden mit ihren Sorgen und Nöten faktisch weniger wichtig genommen und fanden sich entsprechend vielfach in den politischen Entscheidungen mit ihrer Lebenslage nicht mehr wieder. Es mangelte an der Bereitschaft des Politikbetriebs, die „Menschen am Rand“ wahrzunehmen und es mangelte an der Sorgfalt, den „Menschen am Rand“ die politischen Entscheidungen zu erklären – beides gemeinsam verstärkte die ohnehin bestehende Distanz der Armen zum demokratischen Prozess und seinen Vertreter_innen.

„Der Bundesregierung liegt daran“, so der 5. Armuts- und Reichtumsbericht, „politische Betätigung quer durch die Gesellschaft anzuregen und mit vielen Menschen über die Gestaltung der Lebensverhältnisse in Deutschland ins Gespräch zu kommen.“ Dazu hat sie den Bürgerdialog „Gut Leben in Deutschland“ geführt. Auch der Dialogprozess „Arbeiten 4.0“ ist ein Beispiel dafür, wie mit Bürgerinnen und Bürgern frühzeitig über gesellschaftliche Trends, ihre Konsequenzen und die Erwartungen an notwendige Regelungen ins Gespräch zu kommen ist, „um Ängsten vor möglichen Jobverlusten durch Automatisierung und Digitalisierung entgegenzutreten. Auch



im Rahmen der Erstellung des vorliegenden 5. ARB wurde ein intensiver Dialog mit Wissenschaft und Verbänden sowie mit Armutsbetroffenen geführt.“ Die genannten Dialog-Prozesse sind Anstrengungen in die richtige Richtung. Sie müssen allerdings von den Parteien als den wesentlichen Akteuren politischer Willensbildung in Deutschland aktiv unterstützt und übernommen werden, um nachhaltige Wirkung zu erzielen. Volksparteien und demokratische Parteien der Mitte müssen aktiv nach Wegen suchen, um die politische Ohnmachtserfahrung derer, die nicht auf dem Sonnendeck der Gesellschaft sitzen, zu überwinden.

GUTE SOZIALPOLITIK ALS EMPATHISCHE AUFMERKSAMKEIT UND EMPOWERMENT

Die Ursachen für den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und demokratischer Beteiligung sind komplex und lassen sich nicht auf einen einfachen Nenner bringen. Eine Politik, die Leistungsgerechtigkeit herzustellen versucht und Teilhabechancen verbessert, ist vielleicht keine ausreichende, aber sicher eine notwendige Voraussetzung, um Zusammenhalt und Vertrauen in politische Mitgestaltungsmöglichkeiten zu stärken. Gute Sozialpolitik darf dabei nicht als technokratische Antwort auf soziale Probleme daherkommen, das gilt für die Wohnungspolitik und die Wohnungslosigkeit ebenso wie für die Arbeitsmarktpolitik und die Langzeitarbeitslosigkeit. Sie muss verstanden werden können als Antwort von Politiker_innen auf die in Wahlen artikulierten Bedürfnisse und Erwartungen von Wählerinnen und Wählern. Sozialpolitik braucht eine empathische Aufmerksamkeit der politisch Verantwortlichen für Risiken und Teufelskreise, eine Sprache, die berührt und die verständlich und glaubwürdig Lösungen darstellt und damit möglich macht. Sowohl die „Kundinnen und Kunden“, von denen man sich in der Arbeitsmarktpolitik angewöhnt hat zu sprechen, als auch die „Betroffenen“ mancher Armutsdebatte wollen sich

als Bürgerinnen und Bürger, als Menschen, ernst genommen fühlen – mit ihren Brüchen und Aufbrüchen im Lebenslauf, mit ihren Anstrengungen und Leistungen jenseits von Rankings und Ratings.

Gleiche Teilhabechancen für alle zu gewährleisten, ist die Nagelprobe der Legitimation eines Regierungssystems, das sich auf die Souveränität des Volkes stützt. Die Erfahrung, mit der eigenen Stimme eigene Gestaltungserwartungen durchsetzen und Voraussetzungen für eigene Lebensperspektiven verbessern zu können, ist allerdings sehr ungleich verteilt. Ohne eine aktive Ermutigung aller Wählerinnen und Wähler, gerade auch derer aus vulnerablen Gruppen und in prekären Lebenslagen, mit ihrer Stimme ihre politischen Prioritäten zum Ausdruck zu bringen, wird ein demokratisches Parlament seinen gerade in der Sozialpolitik so wichtigen Auftrag der Responsivität und Repräsentativität nicht erfüllen können. Die Zeit der asymmetrischen Demobilisierung durch die Volksparteien, die mit dazu beigetragen hat, politisches Interesse der Armen und Beladenen im Keim zu ersticken, muss dringend beendet werden. Politisches Empowerment gehört zu einer ermutigenden Überwindung von Armut unabdingbar dazu. Auflehnung wider die Verteufelungskreisung der Armut darf nicht den Populisten an den Rändern des Parteienspektrums überlassen werden. Sie gehört ins Zentrum der Volksparteien ebenso wie in den Kernbereich sozialer Arbeit.



Eva M. Welskop-Deffaa ist Vorstand für Sozial- und Fachpolitik des Deutschen Caritasverbandes